

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 23.11.2016, 15:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Bürgermeister Rudi Bertram Verwaltung

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis SPD

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling SPD

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Krauthausen SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt SPD

Herr Ratsmitglied Oliver Liebchen SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis SPD

Für RM Helen Weiden-
haupt

Herr Ratsmitglied Heinz Thoma SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr 2. stellv. Bürgermeister Wilfried Berndt CDU

Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bündgens CDU

Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer CDU

Ab TOP 1.7 für RM
Thomas Schlenter

Herr Ratsmitglied Thomas Schlenter CDU

Ab TOP 1.7 vertreten
durch RM Mark Pützer

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Ulrich Göbbels FDP

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Ratsmitglied Manfred Waltermann UWG

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchardt Die LINKE

Ratsmitglied PIRATEN

Herr Ratsmitglied Rudi E. Lennartz Piratenpartei

Von der Verwaltung

Frau Marie-Antoinette Breil Verwaltung

Herr Leo Breuer Verwaltung

Frau Jessica Classen Azubi

Herr René Costantini Verwaltung

Herr Michael Effenberg Verwaltung

Herr Fabian Esser Verwaltung

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Hermann Gödde Verwaltung

Herr Helmut Gühsgen Verwaltung

Frau Silvia Hannemann Verwaltung

Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich Verwaltung

Frau Sandra Hunscheidt-Fink Verwaltung

Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Stefan Kaever	Verwaltung
Herr Dieter Kamp	Verwaltung
Herr Wolfgang Mertens	Verwaltung
Herr Edmund Müller	Verwaltung
Herr Martin Quadflieg	Verwaltung
Herr Heinz Rehahn	Verwaltung
Herr Jürgen Rombach	Verwaltung
Herr Jürgen Termath	Verwaltung
Herr Marco Zimmermann	Verwaltung

Gäste

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies	UWG
Herr Ratsmitglied Konstantin Theuer	FDP

Schriftführer/in

Herr Patrick Roth	Verwaltung
-------------------	------------

Abwesend:

Stv. Vorsitzende/r

Frau 1. stellv. Bürgermeisterin Helen Weidenhaupt	SPD
---	-----

Ausschussvorsitzender Bürgermeister Bertram eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 15.00 Uhr und begrüßte die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Ausschussvorsitzender Bürgermeister Bertram stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben sei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Beratung des Haushaltsentwurfes 2017 sowie 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2017	
1.1	Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss	
1.2	Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung	
1.3	Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen bzw. des Einzelvertreters	
1.4	Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2017	326/16
1.5	2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Eschweiler (Vergnügungssteuersatzung)	279/16
1.6	Förderprogramm für die kommunale Schulinfrastruktur "Gute Schule 2020"; auch Anträge der FDP-Stadtratsfraktion vom 21.06.2016 und 16.11.2016 und der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.09.2016	323/16
1.7	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 sowie der 7. Fortschreibung HSK 2010-2017	338/16
2	Ergänzung zur Vereinbarung über den gemeinschaftlichen Ausbau der K 33, Jülicher Straße in Eschweiler-Dürwiß	332/16

- 3 Anfragen und Mitteilungen
- 3.1 Bargeldlose Zahlung im Bürgerbüro der Stadt Eschweiler; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27.06.2016
- 3.2 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFöG); hier: Stand der Ausführung/ Umsetzung; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Nicht öffentlicher Teil

- 4 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
- 4.1 Architektenleistung zur brandschutztechnischen und energetischen Sanierung des nord-östlichen Gebäudetraktes der Hauptschule Dürwiß, Konrad-Adenauer-Straße **273/16**
- 5 Lieferung eines Rettungswagens **333/16**
- 6 Maßnahmen zur Sauberkeit im Eschweiler Stadtgebiet **291/16**
- 7 Breitbandoffensive 2017 - regio iT GmbH **362/16**
- 8 Kenntnissgaben
- 8.1 Vergabe von Aufträgen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB - **319/16**
- 8.2 Liquiditätssicherungskredite **337/16**
- 9 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

1 Beratung des Haushaltsentwurfes 2017 sowie 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2017

1.1 Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss

Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer führte nachfolgenden mündlichen Bericht zu den Haushaltsplanberatungen im Jugendhilfeausschuss aus.

Gemäß § 71 Absatz 3 Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfegesetz - in Verbindung mit § 6 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Eschweiler hat daher in seiner Sitzung am 22. November 2016 den Entwurf des Jugendhilfeeats für das Haushaltsjahr 2017 für die Produkte

- Unterhaltsvorschussleistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Kinder- und Jugendförderung
- Hilfe für junge Menschen und ihre Familien
- Öffentliches Grün - Teilbereich Kinderspielplätze

einschließlich der mit Verwaltungsvorlage Nr. 318/16 vom 11.11. hierzu verwaltungsseitig eingebrachten Veränderungslisten beraten.

Dem Ausschuss lag im Rahmen der Etatberatungen ferner ein Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 16. No-

vember 2016 vor, der darauf abzielte, im Produkt „Kinder- und Jugendförderung“ einen Haushaltsansatz (im Aufwand) in Höhe von 2.500,00 € zur Einrichtung eines Jugendgremiums einzustellen. Die Mittel sollten einer Konzepterstellung, anschließenden Werbemaßnahmen und zur Koordination dieses Gremiums dienen.

Diesem Antrag folgte der Jugendhilfeausschuss nach eingehender Diskussion und mit Verweis auf die entsprechende Beschlusslage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.09.2016 mehrheitlich nicht.

Weitere Änderungsanträge lagen nicht vor bzw. wurden in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht gestellt.

Abschließend haben die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dem Entwurf des Jugendhilfeetats 2017 unter Berücksichtigung der Veränderungslisten einstimmig zugestimmt.

1.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung

Es lagen keine Einwendungen gegen die Haushaltssatzung vor.

1.3 Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen bzw. des Einzelvertreters

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte über die eingebrachten Änderungsvorschläge der Fraktionen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und der siebten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wie nachfolgend ab:

Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

- Die SPD-Fraktion stellte den mündlichen Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, die Hauptsatzung so zu ändern, dass Ausschussvorsitzende keine erhöhte Aufwandsentschädigung erhalten. Diesem Antrag wurde einstimmig, bei Enthaltungen der betroffenen Ausschussvorsitzenden RM Kendziora, RM Schultheis, RM Liebchen und RM Peters, zugestimmt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, Mittel i. H. v. 50.000 € zur Erweiterung des E-Government-Angebotes bereitzustellen wurde insofern abgeändert, dass im Haushaltsjahr 2017 ein Merkposten i. H. v. 1.000 € geschaffen wird. Dem Antrag wurde in dieser Form einstimmig zugestimmt.
- Dem Antrag der FDP-Fraktion und der Entscheidung des Behindertenbeirates in seiner Sitzung vom 25.10.2016 zur Mittelbereitstellung i. H. v. 6.000 € zur Beschaffung einer induktiven Höranlage wurde einstimmig zugestimmt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion für die Medienentwicklung an Schulen den Ansatz um 150.000 € auf 400.000 € zu erhöhen wurde einstimmig beschlossen. Vorher wurde der weitergehende Antrag der FDP-Fraktion den Ansatz um 200.000 € auf 450.000 € zu erhöhen mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie der FDP-Fraktion und Enthaltung der UWG-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion auf Ermächtigungsübertragung der nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel zur Schaffung von sozialem Wohnraum von 2016 nach 2017 sowie einer weiteren Mittelbereitstellung i. H. v. 750.000 € wurde einstimmig beschlossen.

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung

- Der Antrag der CDU-Fraktion, zur Belegung der Innenstadt ein einstündiges kostenloses Parken einzuführen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung der FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, Mittel i. H. v. 15.000 € zur Schaffung einer mindestens halben Stelle für das Ordnungsamt bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Produktbereich 03 – Schulen

- Dem Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz für Gewalt an Schulen um 2.500 € auf 8.000 € zu erhöhen wurde einstimmig zugestimmt.

Produktbereich 04 – Kultur und Wissenschaft

- Der Antrag der Fraktion Die Linke, den Ansatz Büchereiausstattung um 6.000 € auf 50.000 € zu erhöhen wurde zurückgezogen. Gleichzeitig wurde ein Antrag der SPD-Fraktion, die Büchereiausstattung um 3.000

€ auf 47.000 € zu erhöhen einstimmig, bei einer Enthaltung der UWG-Fraktion, beschlossen. Vorher wurde der weitergehende mündliche Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Erhöhung der Büchereiausstattung um 13.000 € auf 57.000 € mehrheitlich, bei Ja-Stimme der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, abgelehnt. Weiter wurde der Antrag der UWG-Fraktion auf Abschaffung der Leihgebühren sowie der damit verbundenen Erhöhung der Säumniszuschläge mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie der UWG-Fraktion, abgelehnt. Eine entsprechende statistische Aufbereitung soll zur ersten Sitzung des Kulturausschusses in 2017 vorgelegt werden.

- Dem Antrag der SPD-Fraktion den Ansatz für Aufwendungen für Veranstaltungen um 500 € auf 2.500 € zu erhöhen wurde einstimmig zugestimmt.

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

- Der Antrag der Fraktion Die Linke, den Ansatz der Zuschüsse für Wohlfahrtsverbände um 1.500 € zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der UWG-Fraktion, abgelehnt.

Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

- Der Antrag der CDU-Fraktion zur Einstellung von Haushaltsmitteln i. H. v. 2.500 € für die Einrichtung eines Jugendparlamentes wurde im Jugendhilfeausschuss mehrheitlich abgelehnt. Der Haupt- und Finanzausschuss folgte diesem Beschluss einstimmig.

Produktbereich 09 – Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation

- Der Antrag der CDU-Fraktion, für die Erstellung eines Konzeptes für eine neue Ausfallstraße in Dürwiß Mittel i. H. v. 30.000 € im Haushalt bereitzustellen, wurde zurückgezogen. Da es sich um eine übergeordnete Straße handelt, wird der Antrag der CDU-Fraktion an die StädteRegion weitergeleitet.

Produktbereich 12 – Verkehrsflächen und –anlagen

- Der Antrag der SPD-Fraktion, für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes 150.000 € bereitzustellen wurde einstimmig, bei Enthaltung der FDP-Fraktion, beschlossen. Gleichzeitig wird eine 90-prozentige Förderung dieser Maßnahme in den Haushalt aufgenommen, sodass ein städtischer Eigenanteil von kumulierten 15.000 € bestehen bleibt.
- Der Antrag der CDU-Fraktion, für die Aufstellung einer Ladestation für Elektrofahrzeuge 15.000 € in den Haushalt einzustellen wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung der FDP-Fraktion, abgelehnt.
- Dem Antrag der SPD-Fraktion, 80.000 € im investiven Bereich für den Ausbau des Hubert-Rößler-Weges in den Haushalt einzustellen, wurde einstimmig zugestimmt.

1.4 Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2017 326/16

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss mehrheitlich, bei Enthaltung der FDP-Fraktion und Gegenstimmen der CDU-Fraktion, die als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2017.

1.5 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Eschweiler (Vergnügungssteuersatzung) 279/16

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss einstimmig, die als Anlage beigefügte 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Eschweiler (Vergnügungssteuersatzung).

1.6 Förderprogramm für die kommunale Schulinfrastruktur "Gute Schule 2020"; auch Anträge der FDP-Stadtratsfraktion vom 21.06.2016 und 16.11.2016 und der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.09.2016 323/16

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste einstimmig nachfolgenden Beschluss.

Die Ausführungen der Verwaltung zum Förderprogramm „Gute Schule 2020“ werden zur Kenntnis genommen. Zur Abwicklung im Rahmen des Förderprogramms werden die im Sachverhalt aufgeführten Maßnahmen vorgesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Informationstechnik für Unterrichtszwecke an den städtischen Schulen im Wege einer jährlichen Abfrage bei den Schulleitungen festzustellen und anhand der gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen des technisch, finanziell und administrativ Leistbaren ein IT-Ausstattungskonzept für die nächsten vier Jahre zu erstellen.

1.7 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2017 sowie der 7. Fortschreibung HSK 2010-2017 338/16

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste mehrheitlich, bei Enthaltungen der UWG-Fraktion sowie FDP-Fraktion und Gegenstimmen der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis90/Die Grünen nachfolgenden Beschluss:

Unter Berücksichtigung der Veränderungsliste Verwaltung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Eschweiler zu nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2017 folgende Beschlussfassungen:

Konsolidierungsmaßnahme 3.1.1 Sach- und Dienstleistungen

Die Obergrenze für das Haushaltsjahr 2017 für den Bereich der Sach- und Dienstleistungen wird im Rahmen der 7. Fortschreibung wie folgt verbindlich festgeschrieben:

2017: 31.395.550 Euro

Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine Überschreitung von einzelnen Sachkontenansätzen zulässig, sofern durch eine Deckungsmöglichkeit innerhalb des jeweiligen Budgets der Mehraufwand kompensiert werden kann.

Konsolidierungsmaßnahme 3.2 Freiwillige Leistungen

Im Haushaltsjahr 2017 sind die ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen weiter restriktiv zu bewirtschaften.

Konsolidierungsmaßnahme 3.3 Personalrechtliche Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt, das ermittelte Einsparpotenzial aus der seit dem 03.04.2012 bestehenden Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre in Höhe von insgesamt 500.000 € für das Jahr 2017 umzusetzen. Darüber hinausgehende Konsolidierungspotenziale aus den Festsetzungen im Personalwirtschaftskonzept sind weiter fortzuführen.

Konsolidierungsmaßnahme 3.4 Hebesatzanpassungen im Bereich Grundsteuer und Gewerbesteuer

Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2017 die Hebesätze für die

- Grundsteuer A bei 310 v.H.
- Grundsteuer B bei 520 v.H.
- Gewerbesteuer bei 490 v.H.

unverändert zu belassen.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2017 sowie die 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2017 sind entsprechend dem Ergebnis der abschließenden Haushaltsplanberatung durch den Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

2 Ergänzung zur Vereinbarung über den gemeinschaftlichen Ausbau der K 33, Jülicher Straße in Eschweiler-Dürwiß 332/16

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste einstimmig nachfolgenden Beschluss.

Dem vorliegenden Entwurf einer Ergänzung zur Verwaltungsvereinbarung mit der StädteRegion Aachen wird zugestimmt.

3 Anfragen und Mitteilungen

3.1 Bargeldlose Zahlung im Bürgerbüro der Stadt Eschweiler; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27.06.2016

Auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Einrichtungsmöglichkeit einer bargeldlosen Zahlung von Verwaltungsgebühren führte seitens der Verwaltung Herr Müller, Leiter des Ordnungsamtes, aus, dass in einer der folgenden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses eine entsprechende konzeptionelle Verwaltungsvorlage eingebracht wird.

3.2 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFöG); hier: Stand der Ausführung/ Umsetzung; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Auf Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Stand der Ausführung und Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes führte seitens der Verwaltung Beigeordneter und Stadtkämmerer Kaefer aus, dass die Maßnahmen aus der Verwaltungsvorlage 385/15 vom 15.12.2015 ganz oder teilweise aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz finanziert werden. Zwischenzeitlich wurde die Förderung der Maßnahmen beantragt und ein erster Mittelabruf für den Neubau der Kindertagesstätte Dürwiß fand statt.